

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos
Brandenburg
15.-16. Februar 2014
Kreistagssaal im Kreishaus Teltow-Fläming
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde



Landesverband Brandenburg

	Inhaltsverzeichnis	Seite
1	Übersicht	3
2	A – Leitantrag des Landesvorstandes (Initiativantrag)	6
3	B – Bildung und Wissenschaft	15
4	C – Chancengleichheit, soziale Sicherung und Gesundheit	33
5	D – Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft	38
6	E - Europa, Frieden und Sicherheit	55
7	N – Netzpolitik	58
8	O – Organisation / Partei	63
9	U – Umwelt	72
10	V – Infrastruktur und Verkehrspolitik	79
11		

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg
15.-16. Februar 2014
Kreistagssaal im Kreishaus Teltow-Fläming
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

1

A 1	Unser Jahr 2014: Wahlkämpfe gewinnen in Brandenburg – jung, vielfältig, lebenswert!	LaVo
B 1	Aufklärung der Schüler über einen sicheren und fairen Medienumgang	BAR
B 2	Landesweiter Ausstieg der Hochschulen aus dem Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)	HSG – P
B 3	Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)	LOS
B 4	Ausgebildete Pädagogen - anstelle von Quereinsteigern	MOL
B 5	Anerkennung von pädagogischen Universitätsabschlüssen/ Bildungsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden	MOL
B 6	Flexibles G8-System an brandenburgischen Schulen	OHV
B 7	Für eine schülerfreundlichere GOST-V für brandenburgische Schülerinnen und Schülern!	OHV
B 8	Verpflichtende Studienorientierung einführen	P
C 1	Änderung der Praktikantenrichtlinie Bund	LOS
C 2	Umsetzung des Vorschlages der EU-Kommission zum Qualitätsrahmen für Praktika	LOS
D 1	Gegen religiös motivierte Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz!	OHV
D 2	Für eine landesweite Regelung von Bundeswehrauftritten an Schulen	OHV
D 3	Verfassungsauftrag erfüllen – Abschaffung der Staatsleistungen an Religionsgesellschaften	OHV
D 4	Für eine gesamtdeutsche, europafreundliche Verfassung	OHV
D 5	Es darf nicht zusammenwachsen, was nicht zusammengehört.	PR
D 6	„Mich ruft kein Vaterland – man weiß in was das mündet.“	PR
D 7	Verschwende deine Jugend! Nicht!	PR
E 1	Chancen nutzen – ein Europa-Ministerium für Brandenburg	P

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg
 15.-16. Februar 2014
 Kreistagssaal im Kreishaus Teltow-Fläming
 Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

N 1	-Breitbandausbau sozial gestalten!	LDS
N 2	Freie W-LAN-Netze ermöglichen – Telekommunikation- dienstegesetz ändern! –Neufassung	LDS
O 1	Konsequent für mehr basisorientierter Demokratie bei den Jusos Brandenburg - Basistreffen der Jusos Brandenburg als Landesmitgliederversammlung in die Richtlinie!	BAR
O 2	Mehr Übersicht über die Beschlusslage schaffen – Be- schlussarchiv nach Themen (Gesamtbeschlussbuch)	FFO
O 3	Einrichtung eines Forums Netzpolitik und Datenschutz	LDS
O 4	Mitgliederbegehren/-entscheid – Online-Teilnahme ermögli- chen	MOL
U 1	Kommunale Energiewende stärken	P
U 2	Transformationsstrategie für die Lausitz entwickeln	P
U 3	Neue Rohstoffquellen nutzen – Aber richtig!	PM
V 1	Transparenz und Innovation für die brandenburgischen Regi- onalbahnen/-expresse	P
V 2	Ausbau der Taktung der Regionalbahnstrecke RE 4 (Jüterbog – Berlin – Stendal)	PM

1

A – Leitantrag des Juso Landesvorstandes

Antragsteller: LaVo

1 **Themengebiet:** A 1

2 **Titel / Überschrift:** Unser Jahr 2014: Wahlkämpfe gewinnen in Brandenburg – jung, vielfältig,
3 lebenswert!

4 **A 1** x angenommen

Antragstext:

5 Am 25. Mai finden die Europa- und Kommunalwahlen, sowie am 14. September 2014
6 die Wahlen zum 6. Landtag des Landes Brandenburg statt. Als Jusos wollen und werden
7 wir uns in diese drei Wahlkämpfe einbringen. Wir sind nicht nur Parteijugend, sondern vor
8 allem auch ein eigenständiger politischer Jugendverband. Wir werden wieder mit unserem Fun-
9 Bus unterwegs sein und die SPD vor Ort bei der Ansprache junger Menschen unterstützen. Wir
10 werden für unsere Inhalte im Land unterwegs sein und dafür kämpfen, dass vor Ort, im
11 Land und in Europa eine starke Sozialdemokratie den Ton angibt.

12 Europawahl

13 Entscheidungen die durch die EU in Brüssel getroffen werden haben einen größeren
14 Einfluss auf unser Leben in Brandenburg, als oft auf den ersten Blick ersichtlich ist: Etwa
15 80 Prozent der europäischen Gesetzgebung ist maßgebend für kommunale Entschei-
16 dungen. Viele Finanzmittel für Forschung, Infrastruktur, Landwirtschaft, Arbeitsmarkt-
17 und Sozialprojekte stammen aus den Fonds der Europäischen Union. Brandenburg hat
18 als „Tor nach Osteuropa“ eine besondere Rolle für die Menschen und Wirtschaft.

19 Dies müssen und werden wir uns – aber vor allem den Wählerinnen und Wählern – vor
20 Augen halten und so für eine hohe Wahlbeteiligung und möglichst viele Stimmen für die
21 SPD bei der Europawahl werben.

22 Landtagswahl

23 Brandenburg wendet als erstes Flächenland das Wahlalter 16 an. Rund 35.000 16- und
24 17-jährige Wählerinnen und Wähler dürfen bei der Landtagswahl zum ersten Mal den

1 Brandenburger Landtag wählen. Dies müssen wir nutzen um Werbung für die Demokra-
2 tie und das Wahlalter 16 zu machen. Primäres Ziel muss es für uns sein, dass auch Poli-
3 tik für unsere Generation und unsere Ideen adäquat repräsentiert werden, um viele
4 Erst- und JungwählerInnen zu erreichen und Ihnen den demokratischen Grundgedan-
5 ken, der sich hinter der Wahl verbirgt, näherzubringen. Natürlich wollen wir möglichst
6 viele Wählerinnen und Wähler von der SPD überzeugen, denn wir wollen nicht nur
7 stärkste Kraft bei den Jung- und ErstwählerInnen sein. Wir kämpfen dafür auch diesmal
8 wieder stärkste Kraft im Landtag zu werden und die Regierung zu stellen.

9 **A.) Brandenburg – jung, vielfältig, lebenswert**

10 An beiden Wahlterminen im Jahr 2014 können junge Brandenburgerinnen und Bran-
11 denburger bereits ab 16 Jahren wählen. Für uns wird es daher wichtig sein, gerade
12 Erstwählerinnen und Erstwähler gezielt anzusprechen und für Politik zu begeistern. In
13 unserer Jugendkampagne für 2014 stehen daher gerade die Themen dieser Altersgrup-
14 pe im Vordergrund:

- 15 - gute Bildung mit besseren Kitas, Horten, Schulen und Hochschulen
- 16 - Freizeitangebote gerade für junge Menschen auch in der Fläche
- 17 - moderne öffentliche Verkehrsmittel, mit guten Anbindungen, mit denen
18 auch junge Menschen gut unterwegs sind
- 19 - eine gute Wohnungspolitik, damit alle die hier wohnen wollen, auch hier
20 wohnen können
- 21 - ein solidarisches Europa, in dem es keine Grenzen gibt, die Jugend eine
22 Zukunft hat und in Frieden und Freiheit leben kann

23 Diese Themen sind immer zentral, wenn es darum geht, Nazis keinen Nährboden zu
24 geben. Denn nur ein gutes und gerechtes Brandenburg schafft ein solidarisches Mitei-
25 nander, in dem alle eine Perspektive haben. Junge Menschen müssen daher ihr Umfeld
26 vor Ort aktiv gestalten können.

27 1) Gute Bildung

1 Gerade in der Zeit von Schule, Ausbildung und Studium ist es wichtig, kritisches
2 Denken, Selbstständigkeit und Emanzipation als zentrale Ziele anzusehen.

3 Damit überall die bestmöglichen personellen, sachlichen und räumlichen Mittel vor-
4 handen sind, braucht es in Brandenburg mehr Geld für Bildung. Wir fordern daher
5 die Bereiche Kita, Hort, Schule und Hochschule jeweils mit 50 Millionen Euro mehr
6 auszustatten. Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten soll dies schnellstmög-
7 lich erfolgen, kann aber auch schrittweise geschehen, indem jedes Jahr der Haus-
8 haltsansatz um 10 Millionen Euro erhöht wird. Hierbei müssen steigende Pensions-
9 zahlungen, Tarifierpassungen und inflationsbedingte Kosten allgemein zusätzlich zur
10 Verfügung gestellt werden. Mit den Mitteln kann so der Betreuungsschlüssel in
11 Kitas, Schulen und Horten weiter verbessert werden. Es werden so kleinere Klassen
12 und bessere Betreuung möglich und Brandenburg kommt bei der Hochschulfinanzie-
13 rung endlich Weg vom letzten Platz in Deutschland.

14 2) Brandenburg erleben

15 Für junge Menschen in Brandenburg ist aber ebenso wichtig, dass sie in ihrem Dorf
16 oder ihrer Stadt auch mehr Treffpunkte haben, als nur eine Bushaltestelle. Damit
17 vor Ort mehr los ist, müssen die Kommunen einen klaren Schwerpunkt auf die Ju-
18 gendpolitik setzen. Hierfür werden wir überall vor Ort kämpfen. Wir werden dafür
19 kämpfen, dass mindestens 100 Jusos in die kommunalen Vertretungen einziehen.
20 Auch im Land braucht es junge Vertreterinnen und Vertreter für junge Interessen.
21 Wir wollen daher, dass die SPD Brandenburg zwei engagierte Jusos mit Direktwahl-
22 kreis (eine junge Frau und einen jungen Mann) unter den ersten 25 Listenplätzen be-
23 rücksichtigt. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen Verantwortung über-
24 nehmen können. Es ist wichtig die Beteiligung junger Menschen vor Ort zu stärken,
25 zum Beispiel auch in Jugendparlamenten und Jugendbeteiligung im politischen Be-
26 reich, das ist die Grundlage für die Zukunft der Demokratie!

27 3) Gut ankommen in Brandenburg

1 Da aber nicht überall vor Ort alle Angebote möglich sind, braucht es einen öffentli-
2 chen Nahverkehr, mit dem gerade junge Menschen diese im Nachbarort und dar-
3 über hinaus wahrnehmen können. Hierfür müssen Bus und Bahn nicht nur pünktlich
4 oder überhaupt kommen, sie müssen für junge Menschen auch bezahlbar sein. Wir
5 fordern daher, dass das Schüler- und Azubiticket für das VBB Gesamtnetz auch mit
6 einfachem Monatsticket erhältlich ist.

7 4) Den richtigen Wohnraum für Brandenburg

8 Wer zu Hause auszieht und/oder eine Familie gründet, merkt es gerade in den Ber-
9 linnahen Gebieten: der Wohnraum ist knapp. Hierin liegt eine große Gefahr. Gerade
10 junge Menschen werden so mitunter gezwungen Brandenburg zu verlassen, da sie
11 schlicht keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Wir fordern daher, mehr Mittel für
12 genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau, eine Ausweitung von Studie-
13 rendenwohnheimplätzen in den Hochschulstädten sowie Azubiwohnen, das moder-
14 nen Lebensrealitäten entspricht.

15 5) Grenzenloses Europa

16

17 Brandenburg liegt im Herzen Europas. Dies bietet die große Chance, um die europäi-
18 sche Integration vor allem von West- und Osteuropa voranzutreiben. Gerade junge
19 Menschen profitieren von einem offenen, friedlichen, vielfältigen und demokrati-
20 schen Europa.

21 Wir haben klare Vorstellungen von unserem Europa:

- 22 ■ Ein Europa ohne Grenzen, in dem jede/r individuell leben kann und das jede/r
23 erleben kann,
- 24 ■ ein Europa, dass nach und nach zu einer parlamentarischen Demokratie wird, in
25 dem das Europäische Parlament legitimiert wird, bei nationalen Entscheidungen
26 mitzuwirken,
- 27 ■ ein Europa des Zusammenhalts, in dem gleichwertige Lebensverhältnisse, für
28 Nord- und Süd, sowie Ost- und Westeuropa geschaffen werden,
- 29 ■ ein Europa, dass ein lebenswertes Leben, die soziale Teilhabe und den wirt-
30 schaftlichen Erfolg für alle garantiert,
- 31 ■ ein Europa, in dem die Menschen und nicht die Märkte im Vordergrund stehen,

- 1 ▪ ein Europa des nachhaltigen Wachstums, dass sowohl Wirtschafts- als auch
- 2 Umweltinteressen vertritt,
- 3 ▪ ein Europa, in dem überall ArbeitnehmerInnenrechte und menschenwürdige
- 4 Arbeitsbedingungen gelten,
- 5 ▪ ein Europa, in dem verbindliche Mindeststandards für die Sozialsysteme gelten,
- 6 ▪ ein Europa der Abrüstung und der Kontrolle von Waffenexporten, damit wir in
- 7 einem Europa des Friedens leben,
- 8 ▪ ein Europa, das nicht zu einer „Festung“ für diejenigen wird, die von Krieg, poli-
- 9 tischer Verfolgung und Hungersnöten betroffen sind und
- 10 ▪ ein Europa, in dem Asyl ein Grundrecht ist

11
12

bleiben weiterhin Ziele jungsozialistischer Politik.

13 Wir Jusos wollen aber auch die soziale Teilhabe aller am wirtschaftlichen Erfolg.
14 Deshalb setzen wir uns für eine Reform der Finanzmärkte ein. Nicht Spekulations-
15 gewinne dürfen das Ziel sein, sondern eine nachhaltige Wirtschafts- und Beschäfti-
16 gungsentwicklung. ArbeitnehmerInnenrechte und menschenwürdige Arbeitsbedin-
17 gungen müssen weltweit gelten. Wir wollen ein Europa der echten Solidarität, das
18 dauerhaft Frieden und Stabilität garantiert. Wir kämpfen dafür, dass sich die Europä-
19 ische Union für den sozialen Zusammenhalt in Europa einsetzt: einen Wettbewerb
20 um den niedrigsten sozialen Standard darf es nicht geben. Wir brauchen verbindli-
21 che Mindeststandards für die Sozialsysteme in allen europäischen Ländern. Wir wol-
22 len ein Europa, das die Finanzmärkte effektiv reguliert und eine Finanztransaktions-
23 steuer einführt. Unser Europa ist ein Europa des Friedens, das den ersten Schritt
24 macht und Abrüstung selbst umsetzt. Wir wollen ein Europa ohne Grenzen. Wir wol-
25 len in keiner Festung Europa mehr leben, sondern das Grundrecht auf Asyl in ganz
26 Europa ermöglichen. Zu unseren Zielen gehört auch ein demokratischeres Europa.
27 Daher kämpfen wir für mehr Rechte des Europäischen Parlamentes und eine Reform
28 des Wahlrechts.

29 **B.) Mit junger Politik Wahlen gewinnen**

30 Wir Jusos haben den Bundestagswahlkampf 2013 in Brandenburg geprägt. Egal ob bei Tür-zu-
31 Tür-Aktionen, Flashmobs oder Infoständen – wir waren immer vor Ort. Ein besonderes
32 Highlight war für uns der „FunBus“. Mit diesem waren wir in unzähligen Orten unter-

1 wegs und haben die SPD und Jusos vor Ort bei ihrem (Jugend-)wahlkampf unterstützt.
2 Insgesamt 7.500 Kilometer konnten wir am Ende verbuchen. Unsere Online-Aktivitäten,
3 vor allem auf Facebook, haben viele Jugendliche erreicht.

4 Die Brandenburger Jugend ist nicht politikverdrossen! Doch ein immer kleiner werden-
5 des Interesse an der demokratischen Teilhabe, das sich in der sinkenden Wahlbeteili-
6 gung, bei den fehlenden Ehrenamtlichen und nicht zuletzt auch in den immer kleiner
7 werden Parteien widerspiegelt, sind alarmierende Zeichen für unsere Demokratie. Hier
8 gilt es von Anfang an aufzuklären und für die demokratischen Strukturen zu werben.

9 Flächendeckende und regelmäßige U18-Wahlen, bei der Kinder und Jugendliche die
10 Chance haben eine Wahl zu simulieren und so die Auswirkungen ihrer Stimme erleben
11 können, werden ein wichtiges Instrument in der Zukunft sein. Ergebnisse wie bei der
12 U18-Wahl in Spremberg, bei der ein Drittel der U18-jährigen die NPD gewählt haben,
13 wollen wir in Zukunft mit einer intensiven Aufklärungsarbeit vermeiden. Hier wollen wir
14 mit allen demokratischen Parteien früh an Schulen, in Jugendeinrichtungen, aber auch
15 bei Vereinen für die Wahlen werben.

16 Gerade der Sommerwahlkampf wird für uns Chance und Herausforderung zugleich.
17 Schul- und Semesterferien und ein später Beginn des Ausbildungsjahres stellen uns vor
18 die Frage wie wir mit unseren Ressourcen unsere Zielgruppen erreichen wollen.

19 Es müssen altersgerechte Angebote geschaffen werden. Dabei spielen unabhängige
20 Internetplattformen, wie der Wahl-O-Mat, sowie die Arbeit in Social-Networks eine
21 übergeordnete Rolle.

22 An unserem Konzept des Jugendwahlkampfes wollen wir festhalten und es ausweiten.

23 Wir wollen:

- 24 - neu entwickelte Konzeptideen umsetzen
- 25 - junge Kandidatinnen und Kandidaten schulen; hierfür soll es weiterhin regelmä-
26 ßige Schulungen geben, möglichst in Zusammenarbeit mit Partner*innen wie z.
27 B. der Landespartei und der SGK

- 1 - uns klar von anderen Parteien abgrenzen und für unsere Themen kämpfen; hier-
- 2 für wollen wir weiterhin für unsere Positionen innerhalb der SPD engagiert und
- 3 kreativ streiten
- 4 - die Jusos vor Ort noch besser unterstützen; hierzu soll es eine „WahlkämpferIn-
- 5 nen-Tauschbörse“ geben
- 6 - den FunBus (mit mindestens einer befristeten Stelle) wieder durch Brandenburg
- 7 fahren lassen
- 8 - uns Online noch geeigneter präsentieren; dazu wollen wir ein „Online-Team“
- 9 aufbauen
- 10 - unsere Partei erneuern und Mitglieder werben
- 11 - keine Nazis und andere rechte oder demokratiefeindliche Organisationen in den
- 12 Parlamenten und kommunalen Vertretungen lassen
- 13 - Spaß haben

14 Wir Jusos Brandenburg wollen unser Jahresprogramm 2015 in wie auch immer geartete
15 Formen der Basisbeteiligung gemeinsam ausarbeiten und als Leitantrag bei der LDK
16 2015 beschließen.

17 **C.) Wie wir die Partei erneuern wollen: Transparenz, Öffnung und Partizipation**

18 Die Gesellschaft verändert sich. Die Parteienbindung nimmt immer stärker ab. Insbe-
19 sondere, aber nicht nur, bei den jungen Menschen unseres Landes nimmt das Interesse
20 an Parteien mit einer alarmierenden Deutlichkeit ab. Dabei geht es nicht um Politikver-
21 drossenheit, sondern vielmehr um Parteienverdrossenheit. Leider haben wir u.a. im
22 Wahlkampf feststellen müssen, dass sich auch immer weniger Genossinnen und Genos-
23 sen mit Leidenschaft für unsere Partei in Brandenburg aussprechen und auch bereit
24 sind, sich einzusetzen. Das hat Gründe und liegt nicht allein daran, dass nur 0,26 Prozent
25 der Brandenburgerinnen und Brandenburger Mitglied der SPD sind. Eine viel zu geringe
26 Zahl um den Anspruch „Brandenburg-Partei“ gerecht zu werden. Wir wollen zusammen
27 mit unserer Mutterpartei die Ursachen angehen. Nun wird uns der Wahlkampf bis Mitte
28 September begleiten. Gerade vor und nach Wahlen entscheiden sich viele Menschen
29 einer Partei beizutreten. Hier haben wir die Chance uns besser als sonst im Land zu prä-

1 sentieren. Nicht nur, damit jede/r das Kreuz an der richtigen Stelle macht, sondern auch
2 um möglichst viele an uns zu binden. Wir müssen zeigen was man erreichen kann, zei-
3 gen welche Perspektiven sich ergeben und zeigen das Politik Spaß macht.

4 Die Jusos Brandenburg haben ein riesiges inhaltliches Portfolio. Von „A“ wie Arbeit,
5 über „N“ wie Netzpolitik bis „Z“ wie Zukunft der Kommunen tragen wir umfangreich zur
6 Arbeit der SPD bei und damit mehr, als viele auf den ersten Blick denken. Auch beschäf-
7 tigen wir uns nicht nur mit typischen Jugendthemen, sondern befassen uns auch mit
8 Themen wie Altersarmut, Asylpolitik und Pflege. Auch mit neuen Veranstaltungsideen
9 bringen wir Schwung in die Partei. Kreative, bunte und friedliche Demonstrationen ge-
10 gen Rechts sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir pflegen den Kontakt mit ande-
11 ren politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Unser Vorteil gegenüber anderen
12 Partei(jugend)en: Wir sind flächendeckend im Land vertreten, wir sind kampagnenfähig
13 und wir sind motiviert größte Partei(-jugend) zu bleiben.

14 Wir sind die Zukunft der SPD. Deshalb wollen wir unsere Partei jetzt schon mitgestalten.
15 Wir wollen eine lebendige SPD und dafür wollen wir uns auch entscheidungswirksam
16 engagieren. Wir wollen die ungenutzten Chancen der Beteiligung nutzen, um mehr Inte-
17 ressierte anzusprechen und Mitglieder besser zu aktivieren und einzubeziehen, aber
18 auch neue Chancen schaffen.

19 Der Aufbruch duldet keinen Aufschub. Die ersten Schritte auf dem Weg zu mehr Trans-
20 parenz, Partizipation und Mitgliederaktivierung müssen jetzt gegangen werden. Dazu
21 brauchen wir hohe Standards im Umgang mit Neumitgliedern. Transparenz über Termi-
22 ne, Satzungen, Ordnungen, Diskussionen und Beschlüsse. Wir wollen offenere und
23 transparentere Landesparteitage. Instrumente dafür sind elektronische Redelisten und
24 Abstimmungsverfahren, kreative und innovative Ideen sowie der Einsatz von neuen
25 Medien, wo er sinnvoll ist. Wir wünschen uns eine Partei, die ihre Mitglieder dabei un-
26 terstützt Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen Wege aufzeigen, die eine Informa-
27 tionsdurchlässigkeit von der Basis zur Spitze ermöglichen. Wir erwarten von unserer
28 Partei, dass innerparteiliche Innovation gefördert wird.

1 Das alles sind nur kleine Schritte, die aber eine große Wirkung entfalten können wenn
2 es darum geht, einen gelungenen Neustart zu meistern.

3 Wir sind uns sicher: Eine Partei, die sich nach innen und außen öffnet und den intensi-
4 ven Austausch mit ihren Mitgliedern und der Gesellschaft sucht, erhöht ihre allgemeine
5 Akzeptanz, Problemlösungskompetenz, Attraktivität und schafft Glaubwürdigkeit.

6 Wir sind überzeugt, dass sich eine innerparteiliche Reformbereitschaft lohnt. Dazu ist es
7 aber auch notwendig, sich von einigen vertrauten Angewohnheiten zu verabschieden.
8 Öffnung und Vielfalt bedeuten nicht automatisch das Gegenteil von innerparteilicher
9 Geschlossenheit. Angst und Misstrauen lähmt uns in unserer politisch wichtigen, sozial-
10 demokratischen Arbeit und versperrt uns Wege. Wir brauchen den Mut eingefahrene
11 Strukturen zu hinterfragen und zu ändern.

12 Eine Partei, die wie die SPD im Zeichen der sozialen Demokratie steht und sich in ihrer
13 150-jährigen Geschichte immer wieder modernisieren musste, braucht sich vor neuen
14 Zeiten und innovativen Ideen nicht zu fürchten.

15 Wir Jusos wollen im Wahlkampf aktiv sein. Wir sind nicht nur Parteijugend, sondern vor allem
16 auch ein eigenständiger, politischer Jugendverband. Wir werden wieder mit unserem Fun-Bus
17 unterwegs sein und die SPD vor Ort bei der Ansprache junger Menschen unterstützen. Damit
18 das gut gelingt ist es wichtig, dass unsere Mutterpartei uns auch entsprechend finanziell unter-
19 stützt. Erfolgreiche politische Jugendarbeit im ganzen Land braucht nämlich immer auch verläss-
20 liche und gute Strukturen.

21 Wir kämpfen weiter für ein soziales und gerechtes Brandenburg. Wir sind organisato-
22 risch und inhaltlich gut aufgestellt. Wir sind glaubwürdig, denn wir kennen die Lebens-
23 realität von jungen Menschen. Wir sind die Jusos. Wir sind das Herz der Partei.

24

B – Bildung und Wissenschaft

Antragsteller: UB Barnim

1 **Titel / Überschrift:** Eine Aufklärung der Schüler über einen sicheren und fairen Medien-
2 numgang

3 *Zur Weiterleitung an das Landesministerium für Bildung Jugend und Sport, die Landes-*
4 *regierung und die Landtagsfraktion*

5 **B 1** x mit Änderungen angenommen

6 **Antragstext:**

7 Die LDK möge beschließen:

8 Es ist die Aufgabe der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihr Leben in der Gesellschaft
9 vorzubereiten.¹ Dazu zählt auch die Aufklärung über die Gefahren im Internet und über
10 das richtige Verhalten in sozialen Netzwerken, in denen heutzutage so gut wie jeder
11 Jugendliche aktiv ist. Dabei kommt es häufig auch zu Cybermobbing durch die attraktive
12 Anonymität im Netz und zu unbedachten Handlungen wie das Hochladen von intimen
13 Fotos oder zu Beleidigungen von Lehrern, welche für die Schüler zu ungeahnten, teil-
14 weise langfristigen Folgen führen können.

15 Deshalb soll die Aufklärung darüber integrierter Bestandteil des Unterrichtes werden
16 und die Lehrer für diese Aufklärung entsprechend geschult werden.

17 1. Schulung der Lehrer

- 18 - Die Inhalte und Methoden über die Aufklärung der Schüler wird integrierter Be-
19 standteil des Lehramtsstudiums für die Fächer LER, WAT und Informatik.
- 20 - Die betreffenden Lehrer (unterrichten das Fach LER und/oder WAT) nehmen
21 jährlich an einer Schulung teil, um ihr Wissen über die Gefahren im schnellebi-
22 gen Internet auf aktuellem Stand zu halten.
- 23 - Die Lehrer können sich zur Unterstützung der Vermittlung externe Partner in die
24 Schule einladen.

25 2. Vermittlung an die Schüler

¹ www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/.../pdf.../hintz_funktionen.pdf

- 1 Die Aufklärung wird fester Bestandteil des Lehrplanes. Es soll hierbei sowohl fachspezifisch als
- 2 auch fächerübergreifend berücksichtigt werden. Neben sozialen Netzwerken sollen gerade auch
- 3 Datenschutz und Datensicherheit sowie der Umgang mit Cybermobbing Thema sein

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

1 **Antragsteller:** Hochschulgruppe Potsdam

2 **Titel / Überschrift:** Landesweiter Ausstieg der Hochschulen aus dem Ranking des
3 Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)

4 **B 2** x angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die Jusos Brandenburg fordern den Landesvorstand der Jusos auf, sich mit dem Minis-
7 terium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) in Verbindung zu setzen und
8 darauf hinzuwirken, dass die Hochschulen landesweit mit allen Instituten und Einrich-
9 tungen aus dem Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung austreten. Die Jusos
10 Brandenburg sehen Rankings im Allgemeinen als nicht geeignet an, um Universitäten
11 zu bewerten. Insbesondere die Politik des MWFK wie z.B. Mittelvergaben auf Grundlage
12 der Rankings müssen ein Ende haben.

13 Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich zum CHE-Ranking öffentlich und kritisch zu
14 äußern.

15

1 **Antragsteller:** UB LOS

2 **Titel / Überschrift:** Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)

3 **B 3** x angenommen

4 **Antragstext:**

5 Die LDK möge beschließen:

6 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für eine Überarbeitung des Berufsbil-
7 dungsgesetzes (BBiG) einzusetzen, um folgende Änderungen zu beschließen:

8 Erweiterung des Anwendungsbereiches des BBiG auf Berufsbildung, die in berufsquali-
9 fizierenden oder vergleichbaren Studiengängen an Hochschulen durchgeführt wird.

10 - Streichung von §3 Ziffer 2 Absatz 1

11 - Einfügen des Satzes „Dieses Gesetze gilt für Berufsbildung, die in berufsqualifi-
12 zierenden oder vergleichbaren Studiengängen an Hochschulen durchgeführt
13 wird“

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1 **Antragsteller:** UB Märkisch-Oderland

2 **Titel / Überschrift:** Ausgebildete Pädagogen - anstelle von Quereinsteigern

3 *Zur Weiterleitung an SPD geführte Landesregierung, Landesparteitag der SPD Bran-*
4 *denburg*

5 **B 4** **O** überwiesen an LAK Bildung

6 **Antragstext:**

7 Wir fordern den Landesparteitag der SPD Brandenburg und die SPD geführte Landes-
8 regierung auf sich dafür einzusetzen, dass die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer
9 mehr gefördert und besser organisiert wird, sodass keine Quereinsteiger die Aufgaben
10 von ausgebildeten LehrerInnen, mangels Alternativen übernehmen müssen.

11

1 **Antragsteller:** UB Märkisch-Oderland

2 **Titel / Überschrift:** Anerkennung von pädagogischen Universitätsabschlüssen/ Bil-
3 dungsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden

4 *Zur Weiterleitung an die SPD-geführte Landesregierung*

5 **B 5 zurückgezogen**

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

1 **Antragsteller:** UB Oberhavel

2 **Titel / Überschrift:** Flexibles G8-System an brandenburgischen Schulen

3 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag, die SPD-geführte Landesregierung SPD und*
4 *den LAK Bildung*

5 **B 6 x mit Änderungen angenommen**

6 **Antragstext:**

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-geführte Landesregierung dazu auf, den wei-
9 terführenden Schulen im Land Brandenburg mit gymnasialer Oberstufe keine freie Wahl
10 zwischen G8 und G9 einzuräumen, sondern eine verbindliche Festlegung auf G9 zu
11 treffen.

12 Der Landesvorstand erarbeitet einen entsprechenden Antrag an den Landesparteitag.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

1 **Antragssteller:** UB Oderhavel

2 **Titel / Überschrift:** Für eine schülerfreundlichere GOST-V für brandenburgische Schüle-
3 rinnen und Schülern!

4 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag und die SPD-geführte Landesregierung*

5 **B 7** x mit Änderungen angenommen

6 **Antragstext:**

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-geführte Landesregierung dazu auf, eine schü-
9 llerfreundlichere GOST-V für brandenburgische Schülerinnen und Schüler zu schaffen.

10 Dabei sollen folgende Aspekte leitend sein:

11 1. Die gymnasiale Oberstufe soll den Schülerinnen und Schülern zur Vorbereitung
12 der Allgemeinen Hochschulreife ein möglichst umfassendes Allgemeinwissen
13 vermitteln.

14 2. Daneben soll den Schülerinnen und Schülern aber auch ausreichen Spielraum
15 gegeben werden, um ihre Stärken zur Geltung bringen zu können.

16 3. Die Struktur der gymnasialen Oberstufe sowie der Abiturprüfung ist so
17 anzulegen, dass eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler weitgehend
18 ausgeschlossen werden kann.

19 Bei Erarbeitung und Beschluss ist dem landesweiten Mitwirkungsorgan (LSB u.a.) ein
20 umfassendes Mitwirkungsrecht einzuräumen.

21 Der Landesvorstand erarbeitet einen entsprechenden Antrag an den Landesparteitag.

22

23

24

25

26

1 **Antragsteller:** UB Potsdam

2 **Titel / Überschrift:** Verpflichtende Studienorientierung einführen

3 **B 8** x angenommen

4 **Antragstext:**

5 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6 Wir fordern die Landtagsfraktion der SPD auf, dahingehend auf die Landesregierung
7 einzuwirken, dass diese eine verpflichtende Studienorientierung an allen Hochschulen
8 des Landes einführt.

9 Jeder Studieninteressierte muss dafür künftig nach dem Vorbild Baden-Württembergs
10 vor Beginn seines Studiums an einer Studienorientierung teilnehmen, die individuelle
11 Fähigkeiten und Interessen und berufliche Perspektiven thematisiert, um an einer Uni-
12 versität bzw. Hochschule des Landes Brandenburg studieren zu dürfen. Eine schriftliche
13 Bestätigung der Orientierungsteilnahme muss den Bewerbungsunterlagen beigelegt
14 werden.

15 Da die Studienorientierung keinen Ersatz der Studienberatung darstellen soll, soll diese
16 ausschließlich online (zu Hause oder an der Hochschule bzw. Universität) erfolgen.

17 Die verpflichtende Orientierung soll dem Vorbild folgend rein online erfolgen, sodass es
18 zu keiner Überlastung der Hochschulen kommt und diese auch in keinem Fall Zugriff auf
19 die Daten erhalten. Die persönliche Beratung muss vor Ort weiter angeboten werden,
20 damit Studierende Informationen zu konkreten Studienangeboten erhalten können.

21 Die Studienorientierung dient – wie das Wort sagt – lediglich der Orientierung, und
22 bringt keine Sanktionen mit sich. Es kann also niemandem ein Studium verwehrt wer-
23 den.

24 Denkbar ist eine Ansiedlung der Studienorientierung an das Ministerium für Wissen-
25 schaft, Forschung und Kultur.

C – Chancengleichheit, soziale Sicherung und Gesundheit

1 **Antragsteller:** UB LOS

2 **Titel / Überschrift:** Änderung der Praktikantenrichtlinie Bund

3 **C 1** x angenommen

4 **Antragstext:**

5 Die LDK möge beschließen:

6 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für eine Überarbeitung der „Richtlinie
7 des Bundes zur Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten“ (Praktikantenricht-
8 linie Bund) einzusetzen, um folgende Änderungen zu beschließen:

- 9 1) Einführung eines Vergütungsanspruches bei sog. Pflichtpraktika in Höhe der
10 Lebenshaltungskosten am Ort des Praktikums
- 11 2) Erhöhung der Praktikumsvergütung für freiwillige Praktika auf Höhe des im
12 Koalitionsvertrag unter 2.2 vereinbarten, allgemeinen gesetzlichen Mindest-
13 lohns von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde
- 14 ▪ Streichung von Ziffer 3.2 Absatz 1 und 2
 - 15 ▪ Einfügen eines neuen Absatzes, der die Bindung der Praktikumsver-
16 gütung an den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn festlegt.

1 **Antragsteller:** UB LOS

2 **Titel / Überschrift:** Umsetzung des Vorschlages der EU-Kommission zum Qualitäts-
3 rahmen für Praktika

4 **C 2** x angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die LDK möge beschließen:

7 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit
8 und Soziales, Andrea Nahles, auf, sich für die Zustimmung des Rates der Europäischen
9 Union zum Vorschlag der EU-Kommission für einen Qualitätsrahmen für Praktika
10 (COM(2013) 857 final) einzusetzen und die entsprechenden Richtlinien in nationales
11 Recht umzusetzen.

12

D – Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft

Antragsteller: UB OHV

- 1 **Titel / Überschrift:** Gegen religiös motivierte Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz!
2 *zur Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-geführte*
3 *Landesregierung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales*

4 **D 1** **x** angenommen

5 **Antragstext:**

- 6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 7 Die Jusos Brandenburg setzen sich dafür ein, die Beschlusslage des SPD-
8 Bundesparteitags betreffend die kirchlichen Sonderrechte im Arbeitsrecht umzusetzen.
9 Insbesondere sind – gegebenenfalls zusätzlich - die zulässige Ungleichbehandlung
10 aufgrund von Religion und/oder sexueller Orientierung gemäß § 9 Allgemeines Gleich-
11 behandlungsgesetz (AGG) und die Einrichtung „betriebsratsfreier Zonen“ bei Religions-
12 gesellschaften und ihren Betrieben nach § 118 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz
13 (BetrVG) abzuschaffen.
- 14 Die Jusos Brandenburg fordern die zuständigen Bundesministerien auf, den besagten
15 Parteitagsbeschluss umzusetzen.
- 16 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-geführte Landesregierung auf, eine entspre-
17 chende Initiative über den Bundesrat zu starten.
- 18

1 **Antragsteller:** UB OHV

2 **Titel / Überschrift:** Für eine landesweite Regelung von Bundeswehrauftritten an Schu-
3 len

4 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag und das MBS*

5 **D 2** x abgelehnt

6 **Antragstext:**

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die Jusos Brandenburg fordern das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Lan-
9 des Brandenburg auf, einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zu schließen, um
10 die Möglichkeiten und Grenzen des Engagements der Bundeswehr in Schulen landes-
11 weit zu regeln. Dieser soll im Wesentlichen folgende Punkte enthalten:

12 1. *Den öffentlichen Schulen im Land Brandenburg ist es untersagt, der Bundeswehr*
13 *den Zugang generell zu verweigern.*

14 2. *Im Rahmen von Maßnahmen der Berufsorientierung ist die Bundeswehr gleich-*
15 *berechtigt mit anderen Arbeitgebern oder Hochschulen zu behandeln.*

16 3. *Im Rahmen des Unterrichts im Fach „Politische Bildung“ kann die Bundeswehr*
17 *zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen eingebunden werden. Dabei ist da-*
18 *rauf zu achten, dass eine ausgewogene Darstellung durch die Beteiligung von*
19 *friedenspolitisch aktiven Organisationen wie z. B. der DFG sichergestellt ist.*

20 Der Landesvorstand erarbeitet einen entsprechenden Antrag für den SPD-
21 Landesparteitag.

22

1 **Antragsteller:** UB OHV

2 **Titel / Überschrift:** Verfassungsauftrag erfüllen – Abschaffung der Staatsleistungen an
3 Religionsgesellschaften

4 *Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, Landesparteitag, Juso-*
5 *Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion und die SPD-*
6 *geführte Landesregierung.*

7 **D 3 zurückgezogen**

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

1 **Antragsteller:** UB OHV

2 **Titel / Überschrift:** Für eine gesamtdeutsche, europafreundliche Verfassung

3 *Zur Weiterleitung an : LDK, SPD-Bundesparteitag, Landesparteitag, Ausschüsse, LAKs,*
4 *AGs,...*

5 **D 4** x mit Änderungen angenommen

6 **Antragstext:**

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD auf, sich für ein Verfahren zur Schaffung einer
9 neuen gesamtdeutschen Verfassung nach Art. 146 Grundgesetz einzusetzen.

10

1 **Antragsteller:** UB Prignitz

2 **Titel / Überschrift:** Es darf nicht zusammenwachsen, was nicht zusammengehört.

3 *Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, die SPD-Landtagsfraktion Brandenburg*
4 *und die Landesregierung.*

5 **D 5** **O** überwiesen an LAK Kommunales

6 **Antragstext:**

7 Die Diskussionen um eine Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg nehmen alle
8 Jahre wieder einen neuen Anlauf. Wir fordern sowohl die SPD-Landtagsfraktion Bran-
9 denburg, als auch die Brandenburger Landesregierung auf, sich von dem Ziel einer Fu-
10 sion zu verabschieden und die Perspektive auf Brandenburg, sowie einer stärkeren Zu-
11 sammenarbeit mit Berlin zu konzentrieren.

12

1 **Antragsteller:** UB Prignitz

2 **Titel / Überschrift:** „Mich ruft kein Vaterland – man weiß in was das mündet.“

3 *Zur Weiterleitung an den Juso-Landesvorstand.*

4 **D 6** x angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die Jusos Brandenburg sind ein antifaschistischer Verband. Wir setzen uns gegen Ras-
7 sismus, Nationalismus, Antisemitismus, Homophobie sowie gegen jede Art von Diskri-
8 minierung ein.

9 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

10 Rechtsextreme, Rechtspopulisten und sogenannte Reichsbürger gefährden das friedli-
11 che Zusammenleben von jedem. In einigen Orten Brandenburgs sind sie weiter auf dem
12 Vormarsch. Mit populistischen Parolen, Lügen und Halbwahrheiten versuchen sie die
13 Bürger zu verunsichern und damit für ihr Gedankengut zu gewinnen. Durch eine gezielte
14 Unterwanderung von sozialen und kulturellen Strukturen wollen sie besonders Kinder
15 und Jugendliche für ihre menschenverachtende Ideologie gewinnen. Besonders die
16 Anmietung von größeren Grundstücken, auf denen Feriencamps, Konzerte und Son-
17 nenwendfeiern stattfinden, muss durch die zuständigen Behörden überprüft werden, wer
18 diese wofür anmietet. Dies gilt auch für Kulturhäuser, Jugendclubs und Schulen – öffent-
19 liche Räume dürfen Nazis nicht zur Verfügung gestellt werden.

20 Gewaltbereite Nazis sind heutzutage nicht mehr das Hauptproblem. Rechtsextreme in
21 unseren Parlamenten und kommunalen Vertretungen sind gefährlich, denn sie predigen
22 Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus. Die Neonazis stellen Deutschland als
23 Opfer im 2. Weltkrieg dar, verharmlosen oder leugnen die schrecklichen Taten während
24 des Faschismus. Die NPD erhält jährlich 1,2 Millionen Euro für ihre parlamentarische
25 Arbeit. Deshalb müssen wir den Nazis die Bühne für ihre Ideologie wegnehmen. Wir
26 halten weiterhin am NPD-Verbot fest.

27 Das durch das Brandenburger Innenministerium vorgelegte Ziel „Jedes Jahr einen
28 rechtsextremen Verein oder rechtsgerichtete Organisation verbieten“ begrüßen wir sehr.
29 Es darf keine staatliche Förderung für Rassismus geben.

1 Doch mit Verboten von rechtsextremen Parteien, Vereinen und Organisationen ist das
2 Problem nicht aus der Welt geschafft. Alltagsrassismus, der sich vor allem durch rassis-
3 tische Äußerungen und Handlungen, sowie „Racial Profiling“ äußert, muss angegangen
4 werden. Wir müssen gemeinsam eine tolerante und weltoffene Welt vorleben: Auf der
5 Arbeit, in der Schule oder in den Sportvereinen.

6 Dabei ist die Arbeit vor Ort ist eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen rassistische,
7 faschistische und menschenfeindliche Einstellungen. Daher fordern wir die Städte,
8 Kommunen und das Land auf, eine kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischen,
9 antirassistischen und Demokratie-Fördernden Projekten sicherzustellen.

10 Durch die bisherige Mittelvergabe vom Bund oder durch die unsinnige Extremismus-
11 klausel werden Projekte immer wieder in ihrer Arbeit eingeschränkt und behindert, daher
12 fordern wir die Vereinfachung der Mittelvergabe, sowie die Abschaffung der Extremis-
13 musklausel. Einträge im Brandenburger Verfassungsschutzbericht, von antifaschisti-
14 schen Vereinen und Organisationen, die sich friedlich im Kampf gegen Rechts engagie-
15 ren, lehnen wir ab.

16 Kein Fußbreit den Faschisten

17 Mit unseren demokratischen Kooperationspartnern wie der Linksjugend [’solid], den Fal-
18 ken, Gewerkschaften, dem Toleranten Brandenburg etc. werden wir weiterhin gegen
19 Rechts auf die Straße gehen, an Veranstaltungen teilnehmen und Seminare organisie-
20 ren.

21 Gegendemonstrationen, Blockaden und andere kreative, bunte und friedliche Aktionen
22 gegen Rechts werden wir organisatorisch, ideell und finanziell unterstützen. Wir werden
23 auch weiterhin zu antifaschistischen Demonstrationen mit kommunal-, landes- und bun-
24 desweiter Bedeutung aufrufen. Blockaden sehen wir als letztes Mittel um Naziaufmär-
25 sche zu verhindern.

26 Mit ihren rechtsextremistischen und antisemitischen Parolen und Bannern machte „In-
27 ferno Cottbus“ bundesweit Schlagzeilen, als sie bei Heim- und Auswärtsspielen ihr Ge-
28 dankengut zum Ausdruck brachten. Dies schadet nicht nur dem Verein, sondern auch
29 der Region.

30 Wir fordern: Rechtsextremistische, antisemitische und homophobe Parolen, Banner und
31 Kleidung raus aus dem Stadion! Aus jedem Stadion!

1 Zu den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen müssen sich die demokratischen
2 Parteien gemeinsam gegen Rechts einsetzen, sodass kein Sitz an die NPD, AfD oder
3 ähnlich-orientierte Bürgerbündnisse geht.

4 Asyl ist Menschenrecht – auch in Brandenburg

5 Eine besondere Herausforderung für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besitzt
6 die Unterbringung und Unterstützung von Asylsuchenden. Flüchtlinge, die geprägt sind
7 von Krieg, politischer Verfolgung und Hungersnöten müssen in Brandenburg willkommen
8 sein. Deshalb fordern wir ein neues und modernes Asylrecht.

9 Ein menschenwürdiges Asylverfahren muss jedem Asylsuchenden gewährt werden. Wir
10 fordern weiterhin die Abschaffung des Flughafenasylverfahrens, sowie eine Neuregelung
11 der Drittstaatenregelung. Die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJR
12 Mazedonien und Serbien sind keine „sichere Herkunftsstaaten“.

13 Unterbringungen in zentralen Sammellagern, wie beispielsweise in Eisenhüttenstadt,
14 lehnen wir ab. Eigenständig geführte Wohnungen, wie in der Prignitz, fördern die In-
15 tegration weitaus besser als zentrale Sammellager. Hierfür muss das Land die Kreise
16 bei der Entwicklung von individuellen Integrationskonzepten unterstützen.

17 Das Gutscheinsystem, welches durch das Sozial- und Finanzministerium als „absolut
18 unwürdig“ deklariert wird, muss sofort auch in den restlichen Brandenburger Landkrei-
19 sen (Oberhavel und Oberspreewald-Lausitz) abgeschafft werden. Es ist nicht nur eine
20 Zumutung für die Asylbewerber, da diese damit nur bestimmte Waren in bestimmten
21 Geschäften kaufen können, es ist zudem teurer als die Barauszahlung des Betrages, da
22 sich der Bürokratieaufwand für die Verwaltungen erhöht.

23 Die Residenzpflicht erlaubt es Brandenburger Asylsuchenden sich auch in Berlin aufzu-
24 halten. Dies ist ein erster wichtiger Schritt, dennoch soll die Residenzpflicht schnellst-
25 möglich auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet, bzw. ganz abgeschafft werden,
26 damit Asylsuchende auch Freunde- und Familienangehörige in anderen Bundesländern
27 besuchen und an kulturellen oder politischen Ereignissen teilnehmen können.

28 Die medizinische Versorgung muss dringend sichergestellt werden. Eine Krankheitsver-
29 sorgung besteht derzeit nur bei akuten Schmerzzuständen. Wie akut diese Schmerzen
30 tatsächlich sind, liegt in der Entscheidungshoheit von Mitarbeitern der Sozialämter.

1 Eine Teilnahme an kostenlosen Sprach- und Integrationskursen muss jedem Asylsu-
2 chenden ermöglicht werden. Dies fördert nicht nur die Teilhabe von Asylsuchenden,
3 sondern ist auch kostengünstiger, als jedem einen Dolmetscher zur Seite zu stellen.

4 Eine weitere Schikane ist der Ausschluss von Asylbewerbern vom Arbeitsmarkt. Dies
5 isoliert sie weiterhin. Wir fordern einen Zugang zum Arbeitsmarkt, sowie eine Anerken-
6 nung von Bildungs- und Berufsabschlüssen.

7 Besonders Kinder sind die Leidtragenden dieses Asylrechts. Der Besuch der Grund-
8 und Sekundarschule, sowie ein Zugang zur Hort- und Kitabetreuung, darf Asylbewer-
9 berkindern nicht länger verweigert werden. Die Beschulung in Sammellagern fördert
10 nicht die sozialen Kompetenzen, daher müssen die Kinder schnellstmöglich in Regel-
11 klassen integriert werden. Hierfür müssen die entsprechenden Schulen ausreichend
12 gefördert werden.

13 Asylbewerber müssen bei kommunalen Entscheidungsprozessen besser beteiligt wer-
14 den, bis hin zum Wahlrecht zu Landes- und Bundestagswahlen. Deshalb setzen wir uns
15 für eine umfassende Wahlrechtsreform ein, die das Wahlrecht für alle in Deutschland
16 lebenden beinhaltet.

17 Aufgabe der Kommunalpolitik muss es sein in einen Dialog zwischen Asylsuchenden,
18 Anwohnern, kommunalen Vertretungen und Wohlfahrtsverbänden zu gehen, um das
19 Verständnis und Vertrauen untereinander zu stärken.

20 Aus der Geschichte lernen

21 In unserer unmittelbaren Umgebung finden wir viele ehemalige Konzentrations- und
22 Vernichtungslager, deshalb wollen und müssen wir die Gedenkarbeit in den nächsten
23 Jahren wieder aufleben lassen. Dabei wollen wir uns Unterstützung bei den Falken, der
24 DGB-Jugend und benachbarten Landesverbänden, sowie dem Juso-Bundesvorstand
25 suchen.

26 In Zukunft werden wir uns noch stärker mit dem breiter werdenden rechtem Parteien-
27 spektrum in Deutschland auseinandersetzen und Gegenmaßnahmen ableiten, damit es
28 nicht zur gesellschaftlichen Akzeptanz von diesen Parteien kommt.

29 Kein Vergeben, kein Vergessen

1 Am 22. Juli 2011 ermordete der Islam-Hasser Anders Bering Breivik auf der norwegi-
2 schen Insel Utøya 69 junge Menschen unserer Schwesterorganisation AUF. Kinder und
3 Jugendliche mussten sterben, weil sie eine friedliche und tolerante Welt aufbauen woll-
4 ten, welche nicht in das Weltbild eines Mörders passte. Kinder und Jugendliche, die
5 heute noch leben müssten. Wir dürfen sie und auch diese Mordtat nicht vergessen.
6 Deshalb wollen wir jedes Jahr am Wochenende um den 22. Juli am Potsdamer Regine-
7 Hildebrandt-Haus ihnen mit einer Veranstaltung Gedenken.

8 Für Brandenburg. Ohne Neonazis

9 Die Kampagne FÜR BRANDENBURG OHNE NEONAZIS ist ein zentraler Bestandteil
10 unserer Arbeit. Mit der überparteilichen Homepage, die als Plattform über Aktivitäten
11 von und gegen Neonazis dient, mit unseren Social-Network-Auftritten auf Facebook und
12 Twitter, sowie unseren Bannern und dem Material wollen wir an unserem Konzept fest-
13 halten: Jeden durch eine umfangreiche Link- und Terminsammlung zu anderen Initiati-
14 ven und Aktionsbündnissen gegen Rassismus informieren, damit sich jeder für die De-
15 mokratie im Land Brandenburg, aber auch über deren Grenzen hinaus, einsetzen kann.

16 Besonders die Aktion "Ich bin für Brandenburg, ohne Neonazis weil..." soll stärker bei
17 (partei-)öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt werden, da hier kreativ zum Ausdruck
18 gebracht werden kann, warum Brandenburg ein demokratisches Land ist und keine Ne-
19 onazis duldet.

20 Wechselseitiger Respekt ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Demokratie und ein
21 offenes und tolerantes Brandenburg. Rassismus und Rechtsextremismus stellen diesen
22 Wert in Frage.

23 Wir müssen jeden Tag an unserem Ziel arbeiten: Für Brandenburg. Ohne Neonazis.

24

1 **Antragsteller:** UB Prignitz

2 **Titel / Überschrift:** Verschwende deine Jugend! Nicht!

3 *Zur Weiterleitung an Juso-Bundesvorstand, Juso-Bundesausschuss, Juso-*
4 *Landesvorstand, Juso-Landesausschuss, Landesarbeitskreis Bildung, Landesarbeits-*
5 *kreis Europa/Internationales, Landesarbeitskreis Kommunales, Landesarbeitskreis So-*
6 *WAS, SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, Brandenbur-*
7 *gische Landesregierung, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-*
8 *Bundestagsfraktion, Seeheimer Kreis, Forum DL 21, Deutsche Bundesregierung, Bun-*
9 *desrat, Bundespräsident, Vereinte Nationen und Papst Franciscus.*

10 **D 7** x mit Änderungen angenommen

11 **Antragstext:**

12 Die Jugend ist die schönste Zeit des Lebens. So sagt man.

13 Im SPD-Wahlprogramm „Das Bier ... äh ... WIR entscheidet!“ forderte die SPD bereits
14 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben!

15 Doch wie sieht die Realität aus: Schul-, Ausbildungs- und Unistress, Familien- und Be-
16 ziehungsprobleme, Konzerte und Partys ohne Ende ... die Jugend heutzutage hat's nicht
17 einfach! (Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Je-Je-Je, und wie das alles heißt,
18 ja, sollte man doch Schluss machen!)

19 Da ein rot-grüner Politikwechsel gescheitert ist und nun eine Große Koalition aus
20 CDSUPD regiert, liegt es in den Händen der Jusos die Lebensqualität für alle – aber vor
21 allem für Jugendliche – zu verbessern!

22 Deshalb fordern wir die Einführung eines 30-Stunden-Tages (natürlich mit vollem Wo-
23 chenendausgleich) um o.g. Probleme unter einen Hut zu bekommen!

24

E - Europa, Frieden, Sicherheit

Antragsteller: UB Potsdam

1 **Titel / Überschrift:** Chancen nutzen – ein Europa-Ministerium für Brandenburg

2 **E 1** x mit Änderungen angenommen

3 **Antragstext:**

4 Die Jusos Brandenburg fordern, dass in der nächsten Legislaturperiode ein eigenständiges
5 Europa-Ministerium geschaffen wird. Dieses Landesministerium sollte zuständig
6 sein für die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, für die wirkungsvolle
7 Unterstützung von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen, Akteuren der Zivilgesellschaft
8 und Privatpersonen bei der Beantragung von EU-Fördermaßnahmen, sowie der
9 europapolitischen Kommunikation und Bildungsarbeit im Land. Des Weiteren soll das
10 Europa-Ministerium für die Zusammenarbeit Brandenburgs mit seinen Partnerregionen
11 und die Arbeit des Landes in regionalen Netzwerken zuständig sein.

N – Netzpolitik

Antragsteller: UB LDS

1 **Titel / Überschrift:** Breitbandausbau sozial gestalten!

2 *Zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos, den SPD Landesparteitag Bran-*
3 *denburg, den SPD Bundesparteitag und die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion*

4 **N 1** x mit Änderungen angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg möge beschließen:

7 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

8 Der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen:

9 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

10 Beim Vorantreiben des Breitbandausbaus ist darauf zu achten, dass dieser sozial und
11 für Jede/n erschwinglich ist. Entsprechende Möglichkeiten der Subventionierung und
12 Ausschreibung sind bezüglich der Preise, der Monopolstellung und des Angebots vorher
13 durch die Kommunen und das Land zu prüfen.

14 Die SPD-geführte Landesregierung wird dazu aufgefordert, mit den Betreibern (z.B.
15 DNS:net) über einen Sozialtarif zur Grundversorgung zu verhandeln. Dieser soll speziell
16 Geringverdienern, Rentnern und arbeitsunfähigen Bevölkerungsanteilen die Möglichkeit
17 geben, an der stärker werdenden digitalen Teilhabe teilzunehmen.

Antragsteller: UB LDS

1 **Titel / Überschrift:** Freie W-LAN-Netze ermöglichen – Telekommunikationdienstegesetz ändern! –Neufassung-

2
3 *Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag Brandenburg und den SPD Bundesparteitag.*

4
5 **N 2** x angenommen

6 **Antragstext:**

7 Die SPD-geführte Landesregierung wird im Rahmen einer Bundesratsinitiative aufgefordert,

8
9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,

10 das Telekommunikationsdienstegesetz dahingehend zu ändern, dass freie W-LAN-
11 Netze an öffentlichen Orten möglich werden. Dabei ist an die Abschaffung der Störerhaftung anzuknüpfen und darauf zu achten, dass die Datenschutzrechte gewahrt werden. Eine Weitergabe der Daten an unbefugte Dritte, z.B. Unternehmen, muss ausgeschlossen werden. Die Daten dürfen ausschließlich für Strafverfolgung genutzt werden, die Speicherung darf nur über ein Authentifizierungsverfahren erfolgen.

12
13
14
15
16 Für die Freien W-LAN-Netze sollen zwei Möglichkeiten geprüft werden:

17 - Das dänische Modell: Die W-LAN-Netze werden durch die öffentliche Hand
18 (bspw. Kommunen) betrieben. Die Finanzierung erfolgt dabei durch Werbung
19 über die Hotspots.

20 - Das Freifunk-Modell: Die W-LAN-Netze werden durch private Personen betrieben, die ihre Router vernetzen und für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Dabei muss diesen Privatanbietern eine rechtliche Sonderrolle zukommen, die sie vor entsprechender Strafverfolgung schützt und sie bei Ermittlung von Störern unterstützt.

21
22
23
24
25

O – Organisation und Partei

Antragsteller: UB BAR

1 **Titel / Überschrift:** Konsequenz für mehr basisorientierter Demokratie bei den Jusos
2 Brandenburg - Basistreffen der Jusos Brandenburg als Landesmitgliederversammlung in
3 die Richtlinie!

4 **O 1** x mit Änderungen angenommen (**ohne 2/3 Mehrheit**)

6 **Antragstext:**

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Anstelle der Basistreffen führt der Landesverband Landesmitgliederversammlungen
9 durch. Die wie folgt in die Richtlinie eingearbeitet werden:

10 Einfügen in §5 Organe des Landesverbandes

11 (4) die Landesmitgliederversammlung

12 Einfügen des §10a in die Richtlinie der Jusos Brandenburg:

13 §10a Landesmitgliederversammlung

14 (1) Der Landesvorstand oder der Landesausschuss können unter Angabe einer
15 vorläufigen Tagesordnung eine Landesmitgliederversammlung einberufen,
16 wenn organisatorische oder inhaltliche Fragen anstehen, die nicht bis zur
17 nächsten Landesdelegiertenkonferenz oder dem Landesausschuss
18 aufgeschoben werden können und eine breite Basisbeteiligung erfordern.

19 (2) Die Einberufungsfrist beträgt zwei Wochen.

20 (3) Stimm- und Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Juso-Landesverbandes
21 Brandenburg.

22 (4) Die Landesmitgliederversammlung ist beschlussfähig wenn mindestens 5%
23 aller Mitglieder aus dem Juso Landesverband Brandenburg anwesend sind.
24 Diese müssen aus 10 Unterbezirken kommen.

- 1 (5) Die Landesmitgliederversammlung wählt ein Präsidium mit eine/einen
- 2 Protokollantin/Protokollanten. Das Protokoll ist binnen zwei Wochen an alle
- 3 Mitglieder des Juso-Landesverbandes Brandenburg zu versenden.

- 4 (6) Die Aufgaben anderer Gremien dieser Richtlinie bleiben diesen vorbehalten.

- 5 (7) Der Tagungsort der Landesmitgliederversammlung muss rotieren.

- 6

1 **Antragsteller:** UB FFO

2 **Titel / Überschrift:** Mehr Übersicht über die Beschlusslage schaffen – Beschlussarchiv
3 nach Themen (Gesamtbeschlussbuch)

4 **O 2** x angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die LDK möge beschließen:

7 Der Landesvorstand der Jusos Brandenburg erarbeitet eine thematisch gegliederte
8 Übersicht über alle angenommenen Anträge, die von der LDK der brandenburgischen
9 Jusos beschlossen wurden. Dies erfolgt in Form eines online abrufbaren digitalen An-
10 tragsarchivs (Gesamtbeschlussbuch). Die technische Ausgestaltung wird dem Landes-
11 vorstand überlassen. Jedenfalls ist zu ermöglichen, dass es technisch möglich ist, über
12 eine Suchfunktion sich thematisch in kurzer Zeit zu einer Beschlusslage hinsichtlich ei-
13 nes konkreten Politikfeldes eine Übersicht verschaffen zu können. Diese Maßnahme ist
14 insbesondere als Zwischenschritt zur einen zukünftigen Gesamtevaluation der Be-
15 schlusslage der Jusos Brandenburg gedacht.

16

1 **Antragsteller:** UB LDS

2 **Titel / Überschrift:** Einrichtung eines Forums Netzpolitik und Datenschutz

3 *Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag.*

4 **O 3** x mit Änderungen angenommen

5 **Antragstext:**

6 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, ein Arbeitskreis Netzpolitik und Daten-
7 schutz innerhalb der Brandenburger SPD einzurichten. Dieser Arbeitskreis soll offen für
8 alle Parteimitglieder und Jusos sein. Er erarbeitet Anträge und Stellungnahmen zu
9 Netzpolitischen und Datenschutzrechtlichen Themen, die auf dem Landesparteitag ein-
10 gebracht werden können bzw. zu hören sind.

11 Außerdem soll der Arbeitskreis damit beauftragt werden, Passagen für das Landtags-
12 wahlprogramm zu erarbeiten, die die Themen Datenschutz, sozialer Breitbandausbau
13 und Grundzugang zur Digitalen Teilhabe abdecken.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

1 **Antragsteller:** UB MOL

2 **Titel / Überschrift:** Mitgliederbegehren/-entscheide – Online-Teilnahme ermöglichen

3 *Zur Weiterleitung Juso-Bundeskongress und den SPD-Bundesparteitag.*

4 **O 4** x angenommen

5 **Antragstext:**

6 Wir fordern den SPD-Bundesparteitag dazu auf die Teilnahme an dem in § 13 des Or-
7 ganisationsstatutes festgeschriebenen Mitgliederentscheid und dem dazugehörigen
8 Mitgliederbegehren grundsätzlich nicht nur durch Abstimmung im OV und Briefwahl,
9 sondern auch über das Internet zu ermöglichen.

10 Die technische Umsetzung wird dem Bundesvorstand überlassen. Wir empfehlen aber
11 den Mitgliederbereich des Internetauftrittes „spd.de“ entsprechend zu erweitern. Dabei
12 ist selbstverständlich auf Sicherheitsaspekte und Datenschutz zu achten.

13 Wir fordern den Bundeskongress der Jusos dazu auf, unseren Antrag durch Beschluss
14 zu unterstützen.

U – Umwelt- und Energiepolitik

Antragsteller: UB Potsdam

1 **Titel / Überschrift:** Kommunale Energiewende stärken.

2

U 1 x angenommen

3 **Antragstext:**

4 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern die Landtagsfraktion der SPD auf, dahingehend auf die Landesregierung
6 einzuwirken, dass diese die bereits bestehende Unterstützung der Kommunen bei der
7 lokalen Umsetzung der Energiewende weiter vorantreibt.

8 Dies kann insbesondere über die Bereitstellung von Informationen und Knowhow sowie
9 intensivierte Vernetzungsanstrengungen erfolgen, welche die oft begrenzten Kapazitä-
10 ten gerade kleinerer Kommunen ausgleichen. Beispielsweise könnte eine „Servicestelle
11 Kommunale Energiewende“ der Landesregierung eingerichtet werden. Aufgaben dieser
12 Servicestelle wären unter anderem, einen für Kommunen relevanten Informationspool
13 zu verschiedenen praktischen Aspekten von erneuerbaren Energien und Nachhaltigkeit
14 allgemein vorzuhalten, interessierte Kommunen zu beraten, bei der Umsetzung der lo-
15 kalen Energiewende zu begleiten und auch beispielsweise bei der Mitnahme und Ein-
16 bindung von Einwohnern zu unterstützen sowie engagierte Personen der lokalen und
17 regionalen Ebene miteinander zu vernetzen.

18

1 **Antragsteller:** UB Potsdam

2 **Titel / Überschrift:** Transformationsstrategie für die Lausitz entwickeln.

3 **U 2** x mit Änderungen angenommen

4 **Antragstext:**

5 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6 Wir fordern die Landtagsfraktion und den Landesverband der SPD auf, dahingehend auf
7 die Landesregierung einzuwirken, dass diese im Laufe der nächsten Legislaturperiode
8 eine langfristige Transformationsstrategie für die Wirtschaftsregion Lausitz entwickelt,
9 um das bis 2040 absehbaren Auslaufen der industriellen Braunkohleförderung zu kom-
10 pensieren.

11 Ziel der Strategie sollte es sein, durch die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Potentiale
12 und Strukturen ein Ende der Kohleförderung zur Energieerzeugung etwa um das Jahr
13 2035 herum ausgleichen zu können. Insbesondere sollten Konzepte entwickelt werden,
14 um den im Bereich der Kohlegewinnung und Kohleverstromung Beschäftigten gleich-
15 wertige Arbeitsplätze in der Region oder einen Übergang in den Ruhestand ohne Ein-
16 bußen zu ermöglichen.

17 Außerdem sollte zu den Prioritäten gehören, Perspektiven insbesondere für junge Men-
18 schen zu eröffnen, die ihre Zukunft in der Lausitz planen, Einnahmeverluste der Kom-
19 munen zu vermeiden oder zu kompensieren und das allgemeine wirtschaftliche Potenti-
20 al in der Region zu erhalten und auszubauen. Gerade die Hochschulen und die Ansied-
21 lung von Forschungsinstituten bietet Potential. Ausgründungen und Innovation können
22 so gute Arbeit ermöglichen. Auch die Tourismuswirtschaft im Bereich Erholung und
23 Wassererlebnis gilt es gezielt zu entwickeln.

24 .

1 **Antragsteller:** UB PM

2 **Titel / Überschrift:** Neue Rohstoffquellen nutzen – Aber richtig!

3 *Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, den SPD-Landesparteitag Brandenburg*
4 *und den Bundeskongress der Jusos*

5 **U 3** x mit Änderungen angenommen

6 **Antragstext:**

7 Die Jusos Brandenburg setzen sich dafür ein, dass bis zur Gewinnung von wissen-
8 schaftlich fundierten Kenntnissen über die natur- und gesundheitsschädlichen Gefahren
9 von Fracking, keine Anträge auf Fördergenehmigung entschieden werden sollen. Des
10 Weiteren muss erreicht werden, dass Fracking risikofrei anwendbar wird.

11 Fördergenehmigungen für anstehende Fracking-Projekte sollen demnach nur dann er-
12 teilt werden, wenn die Durchführung ohne umwelttoxische oder gesundheitsgefährden-
13 de Substanzen möglich ist. Die Zusammensetzung der für die Rohstoffgewinnung benö-
14 tigten Flüssigkeiten soll offengelegt und anfallende Abwässer aufgefangen, fachgerecht
15 aufbereitet und sicher entsorgt werden.

16 Weiterhin setzten sich die Jusos Brandenburg für ein generelles Fracking-Verbot in allen
17 Wasserschutzgebieten und Wassergewinnungsgebieten der öffentlichen Trinkwasser-
18 versorgung ein.

19 Dauerhaft fordern die Jusos Brandenburg eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprü-
20 fung für Fracking-Vorhaben unabhängig von dem Fördervolumen.

21 Neben der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung fordern wir mehr Beteiligungs-
22 rechte und Transparenz in der Verfahrensgestaltung für betroffene Städte und deren
23 Bürger sowie eine klare Regelung der Haftung. Kommunen, die von einem Fracking-
24 Vorhaben betroffen sind, sollen rechtzeitig informiert werden, um so auf die Vergabe
25 einer Fördergenehmigungen einwirken zu können. Auch eventuell eintretende Schäden
26 sollen nicht von der Allgemeinheit getragen werden. Der Betreiber der Bohrstelle soll für
27 alle möglichen Schäden unbegrenzt haften und sich zur Begleichung von Schäden fi-
28 nanziell absichern.

V – Infrastruktur und Verkehrspolitik

1

1 **Antragsteller:** UB Potsdam

2 **Titel / Überschrift:** Transparenz und Innovation für die brandenburgischen Regional-
3 bahnen/-expresse.

4 **V 1** x mit Änderungen angenommen

5 **Antragstext:**

6 Die Jusos Brandenburg fordern den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft des
7 Landes Brandenburg, Jörg Vogelsänger, und die SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
8 auf, die Transparenz von Prozessen im Schienenpersonennahverkehr unter anderem
9 durch Einbindung der Fahrgastverbände in Ausschreibungsverfahren zu fördern. Zudem
10 sind Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit umzusetzen.

11 Wir fordern daher die Verbesserung der Transparenz der Pünktlichkeitsstatistik durch
12 Erfassung jeder Verspätung ab der ersten Minute im Regionalverkehr, um den Fahr-
13 gastverbänden und der Politik das tatsächliche Bild der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit
14 zu bieten.

15 Um darüber hinaus auch das Problem der Unpünktlichkeit selbst anzugehen, fordern wir
16 die Antragsadressaten auf, zu prüfen, inwieweit eine Verkürzung oder Aufteilung der viel
17 zu langen Distanzen im Regionalverkehr möglich ist. Auch braucht es ein geeigneteres
18 Ersatzzug-Konzept im Netz. Für ein solches und für zukünftige Ausschreiben sollte
19 ebenfalls ein öffentliches Verfahren gelten.

20 Wir fordern deshalb weniger Halte für die Regionalexpresse auf der Stadtbahn, um de-
21 ren Attraktivität gegenüber S-Bahn und Regionalbahnen abzugrenzen und auf der Kurz-
22 strecke zu entlasten sowie Pendler langer Distanzen entgegen zu kommen.

23 Gerade an den Berliner Haltepunkten sind die Haltezeiten der Züge zudem oft unrealis-
24 tisch knapp bemessen. Hier muss eine Überprüfung erfolgen und die tatsächlichen Zei-
25 ten müssen in die Fahrpläne einfließen, um keine „geplanten“ Verspätungen zu verursa-
26 chen. Kommt es dadurch zu Behinderungen der Züge untereinander, gibt es ganz klar
27 Kapazitätsengpässe, die beseitigt werden müssen.

28 Im Bereich des Baustellenmanagements muss sich kritischer mit den Baufahrplänen
29 und den Ausfall- und Alternativkonzepten der Eisenbahnverkehrsunternehmen ausei-
30 nander gesetzt werden.

- 1 Der Ausbaus von Park&Ride-Angeboten ist kritisch zu prüfen, sodass eine Abstimmung
- 2 mit örtlichen ÖPNV-Angeboten stattfindet. Park&Ride kann ÖPNV ergänzen, darf ihn
- 3 aber nicht ersetzen.

4

- 1 **Antragsteller:** UB PM
- 2 **Titel / Überschrift:** Ausbau der Taktung der Regionalbahnstrecke RE 4 (Jüterbog –
- 3 Berlin – Stendal)
- 4 *Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag Brandenburg, LAK Verkehr.*

5 **V 2 zurückgezogen**

6